

27.6.2022

Presseinformation zum Koalitionsvertrag

Die wirklichen Herausforderungen werden nicht angepackt!

Bei den bildungspolitischen Vorhaben des Koalitionsvertrages handelt es sich im Wesentlichen um eine Fortschreibung und partielle Weiterentwicklung der Bildungspolitik der letzten Legislaturperiode. Der selbstgestellte Anspruch, die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft zu lösen und dafür neue Wege zu gehen, wird nicht eingelöst. Insbesondere bleibt die von uns geforderte Stärkung der Gemeinschaftsschulen weit hinter dem Erforderlichen zurück.

Die großen Herausforderungen – Bildungsgerechtigkeit, Digitalisierung, Inklusion, Zukunftsorientierung – werden zwar benannt, aber überwiegend nicht mit konkreten Vorschlägen angegangen. Oft werden Modalverben wie wollen und sollen benutzt, mit denen lediglich Absichten und keine Verbindlichkeiten ausgedrückt werden. Exemplarisch die Passage zur digitalen Lernmittelfreiheit: Die Koalition will „Regelungen zur Lernmittelfreiheit mit den Schulträgern und an der Schule Beteiligten gemeinsam weiterentwickeln und dabei soziale Aspekte mitdenken“. Bei solcher Entschlossenheit wird es noch lange dabei bleiben, dass einige Schüler*innen durch ihre Eltern mit leistungsstarken Geräten ausgestattet werden und andere nur ein „Mäusekino“ auf dem Smartphone haben.

Dennoch sehen wir durchaus auch positive Ansätze. Dazu einige Beispiele:

- Die GGG begrüßt die Ankündigung, Lehrkräften mit Oberstufenlehrerbefähigung zu ermöglichen, ihr Referendariat auch an Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe ablegen zu können. Damit wurde eine wichtige Forderung der GGG vor den Wahlen aufgegriffen.
- Dass das Perspektivschulprogramm fortgesetzt, vertieft und ausgeweitet werden soll, ist ebenfalls zu begrüßen. Allerdings kann dieses Programm nicht die einzige Antwort sein, wenn es um Bildungsgerechtigkeit geht. Um diese ist es gerade mit Bezug auf die soziale Herkunft, wie eine aktuelle Studie ergab, in Schleswig-Holstein nicht besonders gut bestellt.
- Dass Lehramtsstudierende unabhängig vom Studiengang inklusive Didaktik lernen sollen, ist ebenfalls zu begrüßen, aber es ändert nichts daran, dass Inklusion in der Sekundarstufe fast ausschließlich von den Gemeinschaftsschulen geleistet wird.

- Die Einrichtung von Verwaltungsleitungen kann ein enorm wichtiger Schritt zur Entlastung von Schulleitungen sein. Diese darf dann nur nicht durch Kürzung von Leitungszeit zur Sparmaßnahme verkommen.
- Laufbahnwechsel zu ermöglichen, ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber er bleibt weit hinter einem Sekundarstufenlehramt zurück.

Ein Irrweg ist es, durch starre Bewertungsvorgaben und Auseinanderreißen von Lerngruppen auch an Gemeinschaftsschulen für mehr Homogenität zu sorgen. Das ist gerade das Gegenteil der „Inneren Differenzierung“, von der zwei Sätze vorher im Koalitionsvertrag die Rede ist. Wie kann ein solcher Widerspruch nicht auffallen?

Was bleibt? Der Koalitionsvertrag stellt für die Gemeinschaftsschulen keinen substanziellen Fortschritt dar. Strukturelle Probleme bleiben ungelöst. Viele Antworten auf drängende Probleme werden verschoben oder geprüft.

Es gibt keinen Grund zu feiern. Den Gemeinschaftsschulen stehen aufgrund der bestehenden Schulstruktur harte Jahre bevor. Grundschulen, Berufsschulen und Gemeinschaftsschulen sollen nach wie vor alle gesellschaftlichen Probleme lösen: Inklusion, Integration von Flüchtlingen und die Garantie von Bildungschancen für alle Kinder. Wir werden uns dafür einsetzen, dass den vagen Versprechen auch konkrete Hilfen folgen.

*Für den Landesvorstand
Cornelia Östreich
(Co-Vorsitzende GGG-SH)*